



Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Prof. Dr. Heiner Flassbeck

Präsident der AK Oberösterreich

Chefökonom der UNCTAD,

Welthandels- und Entwicklungskonferenz

Neue Wege zur Lösung der Krise in Europa

Pressekonferenz

Mittwoch, 7. Dezember 2011, 11 Uhr

Arbeiterkammer Linz

Während viele europäische Politiker/-innen gebannt auf die Märkte starren, gerät die Lage der Menschen aus dem Blickfeld. Dabei sind es die Arbeitnehmer/-innen, Rentner/-innen und Jugendlichen, die die Lasten der Krise tragen. Um Europa in eine positive Zukunft zu führen, ist ein grundlegender Kurswechsel der Wirtschaftspolitik nötig. Dieser muss bei den akuten Krisenbekämpfungsmaßnahmen beginnen und zur grundsätzlichen Neuorientierung führen. Ziel muss ein Europa mit einer gerechten Verteilung der Einkommen, der Vermögen, der Arbeit und der Steuerlast sein.

Europa in der Krise:

Man sieht vor lauter Märkten die Menschen nicht mehr

Die von den Finanzmärkten ausgehende Systemkrise wird in Europa fälschlich als Krise einzelner Staaten gedeutet, die „über ihre Verhältnisse gelebt“ hätten. Vorurteile gegenüber den Einwohnern/-innen ganzer Länder werden bemüht. Tatsächlich haben Arbeitnehmer/-innen, Jugendliche und Rentner/-innen die Krise nicht verursacht, weder in Griechenland, Spanien oder in Deutschland, noch in Österreich. Bis jetzt müssen sie aber die Kosten der Krise tragen, und das nicht nur als Steuerzahler/-innen:

- **Krise in der Arbeitswelt**

Über 16 Millionen Menschen im Euroraum sind derzeit arbeitslos. In einigen Ländern ist die Arbeitslosenquote besonders stark angestiegen, zum Beispiel in Spanien von 8,3 Prozent im Jahr 2007 auf rund 21 Prozent im Jahr 2011. Dramatisch ist die Lage vor allem bei den Jugendlichen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Spanien über 45 Prozent geklettert und liegt in Griechenland deutlich über 40 Prozent. Auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu.

- **Krise der Ungleichheit**

Die starke Konzentration von Einkommen und Vermögen setzt sich fort. Dabei geht die Schere gerade in „Krisenländern“ besonders weit auf. Das spiegelt sich zum Beispiel in der Armutsgefährdungsquote wider, die in Griechenland (19,7 Prozent), Spanien (19,5 Prozent) und Italien (18,4 Prozent, jeweils 2009) besonders hoch war. Das bedeutet, dass die Folgen einer rigorosen Kürzungspolitik in diesen Ländern umso schlimmer

sind. Zum Beispiel verschlechterte sich der allgemeine Gesundheitszustand in Griechenland im Zuge der Krise. Aber nicht nur die Ungleichheit innerhalb von Staaten, auch jene zwischen den Staaten verfestigt sich weiter.

- **Politische Krise**

Die Regierungen folgen bedingungslos der Logik der Finanzmärkte und disziplinieren sich selbst durch starre Regeln (wie zum Beispiel in der Verfassung verankerte Schuldenbremsen), die der Politik kaum noch Handlungsspielraum lassen. Europäische Grundwerte wie der Schutz der Demokratie werden ausgehöhlt. Somit sind nicht nur viele Menschen in ihrem wirtschaftlichen Wohlstand von der Krise betroffen, auch gerät Europa in ein Klima der Orientierungslosigkeit, Frustration und Aggression. Der soziale Frieden ist in Gefahr und alte zwischenstaatliche Konflikte brechen wieder auf. Mit jedem Jahr werden die Folgen einseitiger liberaler Politik deutlicher. Die Zeit für einen geordneten wirtschaftspolitischen Kurswechsel wird knapp.

Was läuft falsch in Europa?

Die logische Alternative, nämlich die Finanzmärkte durch Wiedereinführung notwendiger Regulierungen weg von der Spekulation und wieder hin zu einer ausschließlichen Finanzierungsfunktion für die Realwirtschaft zu führen, wird nicht ernsthaft als politische Option in Erwägung gezogen.

Die Wurzeln der Krise liegen in der Konstruktion des europäischen Binnenmarktes und der Währungsunion. Aus der übersteigerten Liberalisierung der Märkte – um mehr und intensiveren Wettbewerb zu generieren, jedoch unter Vernachlässigung der notwendigen Kooperationen und Regelsetzung – ergeben sich vielerlei Schwierigkeiten:

- Die Senkung des Lohnniveaus und die Aushöhlung der Sozial- und Arbeitsrechtsstandards vermindern nicht nur den Wohlstand von Millionen von Menschen, sondern hemmen auch die Binnennachfrage. Selbst die großen Exporterfolge einiger Staaten können das nicht wettmachen.

- Ebenso bremsend auf die Nachfrage und somit die wirtschaftliche Entwicklung wirkt die hohe Konzentration von Einkommen und Vermögen bei einer kleinen Gruppe. Die Gelder fließen vermehrt in Spekulation anstatt in Investitionen in die Realwirtschaft oder in Konsumnachfrage und sind gleichzeitig auch das Fundament für die Macht der Finanzmärkte, die sich nunmehr - von den Staaten in der Finanzmarktkrise gerettet - gegen ihre Retter wenden.
- Eine ganz besonders zynische Rolle dabei spielt die Strategie der Finanzmärkte, das umlagefinanzierte Pensionssystem krankzureden und so die Pensionsvorsorge auf kapitalgedeckte Verfahren umzulenken. Dadurch erhöhen sie ihr eigenes Spielkapital, das sie gegen die Interessen der Pensionisten/-innen und Pensions-Sparer/-innen einsetzen. Dabei ist das Umlagesystem viel sicherer als jedes kapitalgedeckte Pensionssystem und muss dementsprechend wieder gestärkt und ausgebaut werden.
- Zusätzlich ergibt sich ein Druck zur Senkung von Steuern für Unternehmen und Vermögende. Auch die Möglichkeiten zur Umgehung der Besteuerung lassen wichtige Steuereinnahmen immer mehr versiegen. Beides zusammen führt zur Aushöhlung einer soliden Einnahmehasis der öffentlichen Hand.
- Die Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion weist Fehler auf. Die Europäische Zentralbank hat als oberstes Ziel die Bekämpfung von Inflation, dem andere Ziele wie eine gute Wirtschaftsentwicklung und hohe Beschäftigung untergeordnet werden. Auch hätte es von Beginn an einer besseren wirtschaftspolitischen Koordination bedurft, weil eben eine Währungsabwertung in einer Währungsunion nicht mehr möglich ist. Weil diese fehlte, entwickelten sich die Staaten auseinander: Die einen reichten Jahr für Jahr Exportüberschüsse aneinander, die anderen Importüberschüsse, und gleichzeitig ihre Verschuldung im Ausland.

Krise ohne Ende?

Die aktuelleren Ursachen der Krise liegen in einer teils importierten, teils selbstgemachten Finanzmarktkrise:

- Die Finanzmarktkrise 2008 hatte eine massive Rezession der Wirtschaft im Jahr 2009 zur Folge. Zur Stabilisierung des Finanzsektors wurden große Summen und Garantien durch die Staaten gewährt. Gleichzeitig verzeichneten die Staaten aufgrund der Krise geringere Steuereinnahmen und höhere Ausgaben (auch aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit) und es wurden Maßnahmen ergriffen, um einen noch tieferen Konjunkturunbruch zu verhindern.
- Das Ergebnis: Die öffentlichen Budgets sind schwer belastet. Nachdem es im Euroraum durch Konsolidierungsprogramme gelungen war, die Schulden der öffentlichen Haushalte auf 66,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu reduzieren, sind diese wegen der Finanzmarktkrise bis Ende 2010 auf 85 Prozent angewachsen. Heute wird seitens hochspekulativer Finanzmärkte die Kreditwürdigkeit von immer mehr Staaten angezweifelt.

Krisenbekämpfung unter falschem Vorzeichen

Die jüngsten Ursachen der Krise liegen auch in der fehlgeleiteten Krisenpolitik selbst. Die Finanzmarktkrise wurde in eine Staatsschuldenkrise uminterpretiert. Dadurch werden die wahren Problemfelder übersehen. Die Regierungen versuchen, die Finanzmärkte durch rigoroses Kürzen und starre Regeln zur Budgetdisziplin gnädig zu stimmen. Tatsächlich treibt das den Euroraum in eine Negativspirale und somit noch tiefer in die Krise.

Wenn alle Staaten in Europa gleichzeitig einem einseitigen Sparkurs unterworfen werden, führt das zu Kürzungen im Sozialsystem, bei der Verkehrsinfrastruktur, im Gesundheitsbereich etc. Das trifft vor allem Menschen mit geringen und mittleren Einkommen. Weniger öffentliche Investitionen bedeuten auch weniger Aufträge für Unternehmen, etwa für Baufirmen. Darüber hinaus werden öffentliche Stellen abgebaut.

Aufgrund der Einkommensverluste sinken neben der öffentlichen Nachfrage auch noch die Konsumnachfrage der privaten Haushalte, die Investitionen der Unternehmen und aufgrund der europaweiten Kürzungspolitik auch die Exportnachfrage aus dem Ausland. Die Produktion geht zurück, die Arbeitslosigkeit steigt, Löhne und Gehälter sinken. Das führt zu einem erneuten Kaufkraftverlust. Die Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen, Autos, Urlaubsreisen

sinkt. Weitere Unternehmen (also Möbelhäuser, Autohersteller, die Tourismusbranche) registrieren den Rückgang und reagieren mit Lohnkürzungen und Stellenabbau.

Private Haushalte können möglicherweise durch eisernes Sparen ihre Schulden abbauen, weil die Höhe der Ausgaben nicht unmittelbar ihre Einnahmen betrifft. (Aber selbst dieser Vergleich hinkt, denn Investitionen zum Beispiel in eine Ausbildung können durchaus zu höheren Haushaltseinkommen führen.) Für einen großen Wirtschaftsraum wie die EU ist das nicht der Fall. Die Wirtschaft muss als Kreislauf begriffen werden. Eine schrumpfende Wirtschaft ist mit erneuter Verschuldung verbunden: Die Einnahmen des Staates aus Lohn-, Unternehmens- und anderen Steuern/Abgaben sinken. Die Ausgaben für Soziales steigen (unter anderem durch höhere Arbeitslosigkeit).

Die fehlgeleitete Krisenpolitik spiegelt sich im Euroraum bereits in den Wirtschaftsprognosen wider. Die OECD rechnet im kommenden Quartal nur mit einem sehr geringen Wachstum von 0,2 Prozent. Auch an Österreich wird diese Entwicklung nicht spurlos vorübergehen, laut Wirtschaftsforschungsinstitut ist im kommenden Jahr nur mit 0,8 Prozent Wirtschaftswachstum zu rechnen, laut OECD gar nur mit 0,6 Prozent. Dem nicht genug: Die Zinsen für neu ausgegebene Anleihen steigen für viele Staaten an.

Kurswechsel der Wirtschaftspolitik mit jedem Jahr dringender

Die AK plädiert daher eindringlich für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel hin zu einer Politik, in der alle wirtschaftspolitischen Spielräume im Interesse der breiten Bevölkerung ausgenutzt werden. Damit die Lage nicht weiter eskaliert, sind folgende kürzest- und kurzfristige Maßnahmen nötig:

- **Umfassende Regulierung und Stabilisierung des Finanzsektors**
Ein wesentlich stärkeres Engagement bei der Neugestaltung des Finanzsektors ist notwendig. Zwar mögen manche Regulierungsschritte in die richtige Richtung gehen. Die tiefgreifenden Probleme auf dem Finanzmarkt sind damit aber längst nicht im Griff. Während die Legislativvorschläge insgesamt eher zaghaft sind, Schlupflöcher aufweisen und teils erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung auf den Tisch gelegt wurden,

stehen viele Staaten in Europa drei Jahre nach der Finanzkrise erneut vor dem Problem instabiler Banken.

- **Staaten in ihrer Refinanzierung nicht hochspekulativen Märkten ausliefern**

Kurzfristig sind zur Stabilisierung des Finanzsektors eine gemeinsame Kraftanstrengung in Europa und eine Europäische Zentralbank, die ihre Rolle als Krisenfeuerwehr mit aller Entschlossenheit wahrnimmt, notwendig.

- **Staaten brauchen endlich eine solide Einnahmenbasis**

Die Sicherung der Einnahmen für Staaten darf nicht mehr verzögert werden. Die hohe Verschuldung vieler Staaten kann nur reduziert werden, wenn hohe Vermögen, Unternehmen und Finanztransaktionen angemessen besteuert werden. Ebenso muss sich die EU endlich zum Ziel setzen, die Umgehung von Steuern und auch von Regulierung zu bekämpfen.

- **Koordination der Wirtschaftspolitik für sozial-ökologischen Fortschritt**

Europa braucht auch eine zwischenstaatliche Abstimmung der Wirtschaftspolitik, mit dem Ziel, eine faire Verteilung der Einkommen und Vermögen, der Arbeit und der Steuerlasten zu erreichen. Kurzfristig brauchen wir „Marshallpläne“ für Krisenstaaten, abgestimmte Pläne für Zukunftsinvestitionen und rasche Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit.

- **Die Menschen wieder in den Fokus der Politik rücken**

Während ständig über die Reaktion der Märkte berichtet wird, geht die Situation der Menschen in der Berichterstattung unter. Eine gefährliche Prioritätensetzung, zumal für eine erfolgreiche Europäische Union nicht nur das Urteil der Börse, sondern vor allem die Zustimmung der Menschen wichtig ist. Diese droht zunehmend zu schwinden.

Heiner Flassbeck:

Woran die Eurozone zerbrechen wird

Auch jetzt, im Herbst 2011 gibt es immer noch viel Rätselraten über die Eurozone. Viele Politiker glauben weiter fest daran, die Eurokrise sei gar keine Systemkrise, sondern die Krise einzelner Länder, deren Regierungen die Staatshaushalte ruiniert und so ihre Kreditwürdigkeit verloren haben. Das ist fundamental falsch. Die Kreditwürdigkeit eines Landes hängt nicht in erster Linie vom Staatshaushalt ab. Kreditwürdig ist ein Land, wenn es glaubhaft machen kann, dass sein Staat und seine Bürger ihre Kredite termingerecht verzinsen und zurückzahlen können. Gläubiger glauben einem Schuldner, wenn gute Aussicht besteht, dass der Schuldner am Markt in Zukunft erfolgreich sein wird, also Einkommen erzielt, aus dem er den Kredit bedienen kann. Das gilt für eine einzelne Person genauso wie für Unternehmen. Wie bei Unternehmen orientiert sich auch die Erwartung über die zukünftige Leistungskraft eines Landes im Wesentlichen an seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit, weil die bestimmt, ob man ohne Abwertung seiner Währung zurückzahlen kann.

Dennoch haben die Politiker es zugelassen oder sogar aktiv befördert, dass die Finanzkrise und die Euro-Krise in eine „Staatschuldenkrise“ umbenannt worden sind. Das ist ein schlimmer Fehler. Dass die Eurozone keine „Schuldenkrise“ haben kann, hätte man z. B. leicht daran erkennen können, dass es ein großes Land in dieser Welt gibt, das weit mehr Staatschulden – im Vergleich zu seinem laufenden Einkommen (Bruttoinlandsprodukt genannt) – hat als Griechenland und das dennoch über keinerlei Finanzierungsprobleme klagt, nämlich Japan. Sogar im Gegenteil, nirgendwo ist der Zins auf lang laufende Staatsanleihen niedriger als dort und nirgendwo werden die Urteile von Ratingagenturen konsequenter ignoriert als dort. Auch die Tatsache, dass in diesen Tagen, wo die Politiker und interessierte Kreise über nichts anderes sprechen als die „Verunsicherung der Märkte wegen der Staatschulden“ die Anleger ausweislich der fallenden Zinsen nach Staatschulden gieren und jede noch so niedrige Verzinsung akzeptieren, wird geflissentlich übersehen, weil es einfach nicht in das ideologische Weltbild passt.

Kreditwürdigkeit betrifft die gesamte Volkswirtschaft in ihrem Verhältnis zum Rest der Welt. Wenn eine Volkswirtschaft mehr ausgibt als sie einnimmt, also mehr verbraucht als produziert, verschuldet sie sich im Ausland. Das bedeu-

tet, dass eine Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland an Bonität einbüßen und letzten Endes auch Konkurs gehen kann. Weil das grundsätzlich möglich ist, ist eine Volkswirtschaft – anders als der Fiskus im Binnenverhältnis zu seinen Bürgern – ähnlichen Kreditwürdigkeitsgesichtspunkten unterworfen wie ein einzelnes Unternehmen: Das Land kann seinen Kreditverpflichtungen auf Dauer nur nachkommen, wenn seine Produkte im Ausland Absatz finden.

Allerdings taucht hier ein entscheidender Unterschied zwischen Unternehmen und Volkswirtschaft auf: Bei einem Unternehmen ist für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit vor allem seine Produktivität entscheidend, also seine Fähigkeit, ein bestimmtes Gut besonders kostengünstig zu produzieren. Da für das einzelne Unternehmen die Löhne eine gegebene Größe sind, die es bei einem funktionierenden Arbeitsmarkt nicht beeinflussen kann, steht es mit seinen Konkurrenten im Wettbewerb um höhere Produktivität. In der gesamten Volkswirtschaft dagegen steigen die Löhne, wenn die Produktivität steigt. Folglich führt in einer Volkswirtschaft die relative Verbesserung in Sachen Produktivität nicht automatisch zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Volkswirtschaft braucht genau deswegen zur Vermeidung eines außenwirtschaftlich getriebenen Konkurses einen funktionierenden Ausgleichsmechanismus. Das ist die Änderung des Wechselkurses der eigenen Währung. Wenn z. B. die Nominallöhne in einer Volkswirtschaft nicht in dem Tempo steigen wie im Ausland (in Relation zur nationalen Produktivität) muss das Ventil eines anpassungsfähigen Wechselkurses, der die relativen Positionen bei den Lohnkosten ausgleicht, funktionieren. Wer zu teuer ist, wertet seine Währung ab und wird billiger - in internationaler Währung, also der Währung seiner Kunden gerechnet.

In einem einheitlichen Währungsraum wie der EWU gibt es dieses Ventil aber nicht und deswegen muss von Anfang an dafür Sorge getragen werden, dass es nicht zu dauerhaften Divergenzen in der Wettbewerbsfähigkeit kommt, also alle etwa die gleiche Kosten- und Preisentwicklung haben. Dafür ist eine Angleichung der Nominallöhne an die nationale Produktivität und ein gemeinschaftlich festgelegtes Inflationsziel absolut unumgänglich.

Verstoßen einer oder mehrere Staaten gegen diese Regel, leben also über oder unter ihren Verhältnissen, entsteht eine fast unlösbare Situation. Gibt es erst einmal eine erhebliche Wettbewerbsfähigkeitslücke muss diese über einen langwierigen Anpassungsprozess wieder geschlossen werden. Dieser Anpassungsprozess ist unumgänglich, weil innerhalb oder außerhalb eines Währungssystems kein Land der Welt auf Dauer seine Kreditwürdigkeit aufrechterhalten kann, wenn es permanent absolute Nachteile im Handel gegenüber seinen wichtigsten Mitkonkurrenten hat und Marktanteile verliert.

Deutschland hat seit Beginn der EWU enorme Exporterfolge erzielt. Sie wurden aber erkaufte durch ein extrem geringes Lohnwachstum der deutschen Wirtschaft im Verhältnis zur deutschen Produktivität und im Vergleich zu allen anderen EWU-Ländern. Die auf diesem Wege erreichte Gläubigerposition lässt Deutschland trotz schwacher Binnenkonjunktur heute als hoch kreditwürdig an den Finanzmärkten erscheinen. Wer international dauernd Marktanteile gewinnt, kann nämlich nicht Konkurs gehen, ob sich sein Staatsdefizit dramatisch vergrößert oder nicht.

Umgekehrt ist die Situation in Südeuropa: Dort führten hohe Lohnabschlüsse zu einer deutlichen Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Folglich brachen die Marktanteile der Südeuropäer im internationalen Handel massiv ein. Seit Beginn der EWU hat sich bis zum Jahr 2009 der durchschnittliche Preisunterschied zwischen Deutschland und den südeuropäischen EWU-Handelspartnern auf insgesamt 25 Prozent aufgeschaukelt. Eine solche außenwirtschaftliche Konstellation ist eine Systemkrise und nicht haltbar.

Die Lehre ist einfach: Wenn der Gläubiger Deutschland die Rückzahlungsfähigkeit seiner Schuldner in Frankreich und Südeuropa systematisch untergräbt, indem er seine relative Wettbewerbsposition mit allen Mitteln verteidigt, wird er auf faulen Krediten sitzen bleiben und muss dem Schuldner durch Stundung, verbesserte Zinskonditionen oder gar Schuldenerlass entgegenkommen, will er keinen Totalausfall seiner Vermögensansprüche riskieren.

Will man den Euro – und mit ihm das ganze europäische Projekt retten – gibt es mittel- und langfristig nur den Weg, die Wettbewerbsfähigkeit der Länder mit Auslandsschulden wiederherzustellen und die außenwirtschaftlichen Un-

gleichgewichte zu beseitigen. Das geht innerhalb der EWU und bei einem Inflationsziel von zwei Prozent nur durch eine Umkehr bei den Lohnkosten: Deutschland braucht im Verhältnis zu seiner Produktivität stärker steigende Lohnkosten, die Südeuropäer benötigen dagegen unterdurchschnittlich steigende. Will man das Inflationsziel beibehalten, ist das nur möglich, wenn in Deutschland die nominalen Löhne über einen langen Zeitraum mit Raten von über vier Prozent pro Jahr zulegen und auch beim Reallohn, also bei der Kaufkraft der Löhne und der heimischen Nachfrage, eine kräftige Zunahme programmiert ist.

Das will man aber nicht, weil ja die Arbeitsmärkte flexibel sein sollen, was zu dem grotesken Zustand führt, dass sich die Wirtschaftspolitik in Deutschland seit mehr als zwei Jahren weigert anzuerkennen, dass das zentrale Ziel der Währungsunion eine Inflationsrate in der Größenordnung von zwei Prozent in jedem Mitgliedsland war und dass Deutschland massiv da-gegen verstoßen hat. Deutschland hat das Unterschreiten der Zielinflationsrate durch seine jahrelange Lohndumpingpolitik erreicht. Allein dadurch (und nicht durch seinen technologischen Vorsprung) ist Deutschland zu seiner Wettbewerbsstärke gelangt, die sich in der Wettbewerbsschwäche der Krisenländer widerspiegelt. Wer das umdrehen will, und das muss man umdrehen, wenn man den Euro retten will, kann nicht allein von den anderen verlangen, sich anzupassen, sondern muss selbst etwas tun. Geradezu grotesk ist es, wenn von den anderen massive Lohnsenkung verlangt wird (im Jargon der Deutschlandverteidiger wird das absurderweise neuerdings „interne Abwertung“ genannt), ohne zu sagen, dass das von einer massiven Lohnerhöhung in Deutschland begleitet sein muss, wenn es nicht in eine europäische Deflation führen soll.

Aber das sagt man nicht. Plötzlich ist das Inflationsziel, das bis vor kurzem das Allerheiligste in Deutschland war, nicht mehr so wichtig. Es wird kurzerhand über Bord geworfen, weil man sonst zugeben müsste, etwas falsch gemacht zu haben. Wo sind die Ordnungspolitiker, die das anprangern?